

# Antrag

Zukunft der Hamburger Fernwärme  
Antragssteller: Distrikt Schnelsen

<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> nicht behandelt
<input type="checkbox"/> überwiesen an:	<input type="checkbox"/> Landesparteitag	<input type="checkbox"/>

## Zukunft der Hamburger Fernwärme

Die SPD Schnelsen legt dem Kreisvorstand Eimsbüttel nachfolgenden Antrag zur Beschlussfassung und Weiterleitung an den Landesparteitag vor:

Die SPD Hamburg fordert Senat und Bürgerschaftsfraktion dazu auf, zeitnah dem Kreisvorstand Eimsbüttel darüber Bericht zu erstatten, wie der Sachstand der Umsetzungsaufträge Nr. 1, 2 und 3 und der Sachstand der Bearbeitung der Prüfaufträge Nr. 4 und 5 des Landesparteitagsbeschlusses **En1** vom **16. Feb. 2013** ist.

Außerdem fordert die SPD Hamburg Senat und Bürgerschaftsfraktion dazu auf, zeitnah über den Sachstand der Erstellung des Wärmekonzepts sowie der Szenarien-Prüfung für den Ersatz des HKW Wedel durch ein neues GuD Wedel („Alternative 2“) oder durch einen dezentralen, erneuerbaren Ansatz („Alternative 3“) im Umweltausschuss Hamburg zu informieren. Zu beidem mögen Senat und Bürgerschaftsfraktion bitte auch erläutern, wie sie das im Volksentscheid gesetzte Ziel einer klimaverträglichen Energieversorgung aus erneuerbaren Energien verwirklichen wollen.

Weiterhin fordert die SPD Hamburg Senat und Bürgerschaftsfraktion dazu auf, den am 18. April 2012 in der Bürgerschaft beschlossenen „Energiebeirat“ (Drs. 20/3883) zeitnah ins Leben zu rufen und mit Leben zu füllen und in diesem Forum mit allen relevanten und interessierten Organisationen und Verbänden an einem Tisch in einen ergebnisoffenen und transparenten Dialog über die strategischen Handlungsoptionen in Bezug auf die Hamburger Energiewende einzutreten.

## Begründung

Die Fernwärmeversorgung ist der Punkt in der Umsetzung des Volksentscheides zur Rekommunalisierung der Energienetze mit den größten klimapolitischen Auswirkungen. Der jüngste IPCC-Bericht vom 13. April 2014 ruft eindringlich zu größtmöglichen Anstrengungen zur Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstosses auf. Das alte kohlegefeuerte Heizkraftwerk Wedel muss in irgendeiner Form ersetzt werden. Zugleich beginnen aber die Bauarbeiten für das Heizwerk Haferweg. Und es steht im

Raum, dass die Stadt die Müllverbrennungsanlagen von Vattenfall übernimmt. Auch hier geht es um Wärmeerzeugung.

Wichtig dabei ist es, das Zusammenspiel der verschiedenen Wärmequellen sowie weiterer – dezentraler – Quellen zu berücksichtigen. Dabei kann es aber zu Zielkonflikten kommen. Hat man zum Beispiel das Ziel, die Müllverbrennung etwa durch Erhöhung der Recycling-Quote so weit wie möglich zu reduzieren (was erstrebenswert wäre), dann wird dort auch weniger Wärme erzeugt. Ein weiterer potenzieller Zielkonflikt ist durch die Kaufoption für die Fernwärme mit Vereinbarung eines Mindestpreises entstanden. Möglicherweise wird das bisherige Geschäftsmodell von Vattenfall und damit der Kaufpreis nur durch eine zentrale Wärmeerzeugung aufrecht erhalten werden können. Denn dezentrale Erzeugungsanlagen von kleinen Betreibern oder Privatpersonen bedeuten weniger Kunden für die zentralen Anlagen. Die Energiewende wird jedoch nur dezentral zum Erfolg geführt werden können. Und der Volksentscheid hat eine klimaverträgliche Energieversorgung aus erneuerbaren Energien zum Ziel. Weder ein Gas- und Dampfkraftwerk noch das Heizwerk Haferweg noch Wärme aus Müllverbrennungsanlagen erfüllen dieses Ziel vollständig. Denkbar wäre es dagegen, dass die Stadt selbst auch auf dezentrale Anlagen setzt und die Einspeisung und Durchleitung für Dritte proaktiv fördert.

Insofern müssen Senat und Bürgerschaft zunächst einmal transparent machen, durch welche Art der Wärmeversorgung das Klimaschutz-Ziel des Volksentscheides am besten erreicht werden kann. Zugleich beinhaltet dies Überlegungen zur Ausrichtung, Modernisierung und Öffnung der Fernwärmenetze. Dezentrale Erzeugungsanlagen lassen sich besser mit einem Anschluss an ein Niedrigtemperaturnetz realisieren. Gerade im Bereich der Einspeisung und Durchleitung gab es bislang große Schwierigkeiten. Ein weiteres Ziel für die Realisierung des Volksentscheides muss also die Öffnung des Fernwärmenetzes sein.

Die Überlegungen in Richtung mehr Dezentralität der Fernwärmeerzeugung gibt es schon länger. Ende 2010 hat die SPD-Bürgerschaftsfraktion sich in einer Drucksache verpflichtet, „eine dezentrale Fernwärmeversorgung voranzubringen“ (Drucks. 19/8178). Und auf dem Landesparteitag am 16. Feb. 2013 wurden im Antrag En1 weitergehende Gestaltungsoptionen gefordert. Seit 16. Jan. 2014 ist klar, daß die Freie und Hansestadt Hamburg nicht nur Miteigentümerin der Fernwärmeversorgung ist, sondern im Jahr 2018 auch die restlichen Eigentumsanteile von Vattenfall übernehmen und damit großen Gestaltungsspielraum haben wird. Es ist daher an der Zeit, das klimapolitische Ziel bei der Umsetzung des Volksentscheids mit Nachdruck voranzubringen.